

Beschlussempfehlung und Bericht

des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Gesine Löttsch, Heidrun Bluhm, Caren Lay, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.

– Drucksache 18/4419 –

Privatisierung von Bundesliegenschaften stoppen – Liegenschaftspolitik des Bundes nachhaltig reformieren

A. Problem

Der Wohnungsmarkt ist seit Jahren vielerorts angespannt. Insbesondere in Großstädten ziehen deswegen die Mieten kräftig an. Bezahlbarer Wohnraum für Menschen mit kleinen Einkommen ist knapp. Daran hat die öffentliche Hand ihren Anteil: In den vergangenen zehn Jahren ist insbesondere der Bestand an Sozialwohnungen bundesweit um 30 Prozent zurückgegangen.

B. Lösung

Änderung der einschlägigen Normen der Bundeshaushaltsordnung sowie des BImA-Gesetzes.

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Die Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 18/4419 abzulehnen.

Berlin, den 11. November 2015

Der Haushaltsausschuss

Dr. Gesine Lötzsch

Vorsitzende und Berichterstatterin

Dr. André Berghegger
Berichterstatter

Dr. Hans-Ulrich Krüger
Berichterstatter

Dr. Tobias Lindner
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Dr. André Berghegger, Dr. Hans-Ulrich Krüger, Dr. Gesine Löttsch und Dr. Tobias Lindner

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 98. Sitzung am 27. März 2015 den Antrag auf **Drucksache 18/4419** zur federführenden Beratung an den Haushaltsausschuss und zur Mitberatung an den Innenausschuss, den Verteidigungsausschuss sowie an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Fraktion DIE LINKE. beantragt, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordert, eine nachhaltige und gemeinwohlorientierte Liegenschaftspolitik für die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben zu etablieren, die Bundesländer und die Kommunen durch Bereitstellung von BImA-Liegenschaften bei der Aufnahme von Flüchtlingen zu unterstützen und eine nachhaltige und gemeinwohlorientierte Konversion zu befördern, indem unbewegliche Sachen (militärische Liegenschaften der Bundeswehr, die nicht mehr genutzt werden), die durch die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben verwaltet werden, vorrangig den Kommunen bzw. den Bundesländern, in denen sie liegen, sowie regionalen zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren kostengünstig zur zivilen Nachnutzung angeboten werden, um den nötigen Strukturwandel zu unterstützen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Innenausschuss** hat den Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf Drucksache 18/4419 in seiner 59. Sitzung am 4. November 2015 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Vorlage abzulehnen.

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf Drucksache 18/4419 in seiner 49. Sitzung am 4. November 2015 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, die Vorlage abzulehnen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit** hat den Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf Drucksache 18/4419 in seiner 65. Sitzung am 4. November 2015 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Vorlage abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf Drucksache 18/4419 in seiner 62. Sitzung am 11. November 2015 abschließend beraten. Er beschloss mehrheitlich, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf Drucksache 18/4419 abzulehnen.

Der Beschluss zum Antrag der Fraktion DIE LINKE. wurde mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN gefasst.

Berlin, den 11. November 2015

Dr. André Berghegger
Berichtersteller

Dr. Hans-Ulrich Krüger
Berichtersteller

Dr. Gesine Löttsch
Berichtersterlin

Dr. Tobias Lindner
Berichtersteller